

„Ein Körnchen Reis“

Bad Honnef

selbständige rechtsfähige Stiftung für Entwicklungshilfe

Jahresbericht 2007

Vorstand : *Karl Dieter Sorg, Stephan Aßmann, Martin Pape*

Kuratorium : *Jacqueline Lacroix, Dorothee Lohmer, Gabriele Neugebauer*

Kontakt : *Stiftung „Ein Körnchen Reis“
c/o Karl Dieter Sorg
Hauptstraße 28, D 53604 Bad Honnef*

Tel.: 02224-4841

Mail : ein.koernchen.reis@web.de

Spendenkonto : *133 256 bei der Stadtsparkasse Bad Honnef
BLZ: 380 512 90 - (Zuwendungsbestätigungen)*



(vl.: Jacqueline, Dorothee und Gabriele)

In eigener Sache :

Seit Beginn des Jahres 2007, als Martin Pape in den Vorstand eintrat, ist auch bei uns die **elektronische Buchführung** eingeführt worden.

Ein Produkt des verjüngten Vorstandes ist auch eine **Präsentation der Stiftung im Internet**. Unter www.ein-koernchen-reis.de lässt sich manch Grundsätzliches, auch über die Geschichte der Stiftung und ihre satzungsmäßige Zielsetzungen nachlesen. Schauen Sie doch mal rein !

Erstmals wurde die Stiftung „Ein Körnchen Reis“ zum **Treuhänder für eine Treuhandstiftung**, deren Vermögen sie mit verwaltet und deren Erträge für die gemeinsamen Stiftungszwecke mit eingesetzt werden. Dazu zunächst ein allgemeiner Hinweis :

Ab einem Kapitalgrundstock ab 5000 EUR kann jedermann eine Treuhandstiftung gründen und mit einer zur treuhändlerischen Verwaltung geeigneten Stiftung einen Treuhandvertrag abschließen. Beratung und Hilfe auch für die steuerliche Anerkennung einer solchen Treuhandstiftung übernehmen wir dabei gern. Kosten für eine treuhändlerische Verwaltung eines solchen weiteren Stiftungskapitals entstehen nur, soweit von Banken in Rechnung gestellt, wie ja auch die Stiftung „Ein Körnchen Reis“ seit Anbeginn nur entstehende Bankgebühren (z.B. für den Geldtransfer ins Ausland) als Verwaltungsausgabe verbucht.

Unser Vorstandsmitglied Stephan Assmann hat nun eine solche Treuhandstiftung in der Verwaltung durch die Stiftung „Ein Körnchen Reis“ gegründet und möchte deren Kapitalgrundstock im Verlauf der Jahre über Zustiftungen aufstocken. Sie trägt den Namen :

GeMeAn - Eine Stiftung für Mitmenschlichkeit von Gerhard Dahmen, Mehdi Radfar und Ana Apostol

und hat – für die eigenständige Verwaltung – ein separates **Spendenkonto: 20 003 455 bei der Stadtparkasse Bad Honnef – BLZ 380 512 90.**

Mit der Namensgebung setzt er mehreren Personen, die er wegen ihrer Menschlichkeit und mutigem persönlichen Einsatz hoch schätzt, auf diese Weise ein Denkmal :

1.) seinem verstorbenen Großvater **Gerhard Dahmen**, dessen selbstlose Liebe ihn schon mit drei Jahren fürs ganze Leben beeindruckt hat. Im letzten Krieg verteidigte er einmal einen von einem deutschen Soldaten geschlagenen russischen Kriegsgefangenen und nahm eigene Nachteile in Kauf –

2.) dem aus dem Iran nach Deutschland geflüchteten **Mehdi Radfar**, der um seiner menschlichen Ideale willen im Iran alles aufgab und in Deutschland mit seiner Familie ein selbstloses Leben führt –

3.) der vor 1 ½ Jahren verstorbenen Rumänin **Ana Apostol**, eine von schweren Krankheiten geschlagenen Frau, die sich hiervon aber nicht unterkriegen ließ, vielmehr in der Liebe zu ihren Mitmenschen und zur Natur ihre Kraft fand und dieses bis zu ihrer letzten Stunde auch ausstrahlte.

Auch zu diesen Personen finden sich weitere Informationen unter der vorgenannten gemeinsamen Internetadresse.

In diesem Jahresbericht für 2007 finden Sie :

Übersicht über die Projektförderungen	S. 3
Besuch aus Goya und Gegenbesuch	S. 3
Eigenes Land	
Argentinien : Landarbeiter	S. 7
indigene Gemeinschaften	S. 7
Brasilien : landlose Bauernfamilien	S. 9
Kinderarbeit in Indien : Vorbildliches in Tirupur	S. 10
Chaos in Kenya : Witwengruppen bei Kisumu	S. 11
Flut- und Zyklonkatastrophe in Bangladesh	S. 12

Übersicht über die Projektförderungen 2007 :

Rechtshilfeprojekt des Foro in Goya Argentinien :	4.000 EUR
Bildungsarbeit von INAL Argentinien :	
Interkulturelle Seminarwoche mit indigenen Frauen	3.000 EUR
Seminar für Lehrer über indigene Besonderheiten	500 EUR
Förderungen durch Mandacaru in Pedro II Brasilien	5.000 EUR
Brückenschulen von SAVE in Tirupur Indien	5.000 EUR
Förderung von Witwengruppen in Kisumu Kenya / Afrika	2.053 EUR
Hilfen in Bangladesh nach Flut- und Zyklonkatastrophe	1.000 EUR
Förderungen insgesamt	20.553 EUR
unter Verwendung von Spenden über	5.190 EUR

Besuch aus Goya und Gegenbesuch

Der 21.4.2007 war für die Stiftung ein ganz großer Tag. **Maria Berta Arroyo aus Goya** in Argentinien, Mitbegründerin und Koordinatorin des MULTISEKTORIELLEN FORUMS FÜR



Jacqueline beim Dolmetschen

DIE GERECHTIGKEIT,
besuchte
uns in Bad

Honnef.

Sie kannten

wir bislang nur von Fotos und als Verfasserin umfangreicher Berichte und Briefe. Jetzt erfuhren wir viele interessante Details, auch bei der Erläuterung zweier mitgebrachter DVDs. Ihre Begleiterin, die Argentinierin Frau Rosetti aus Köln, dol-



Berta am Rhein

metschte im Wechsel mit unserem neuen Kuratoriumsmitglied Jaqueline Lacroix, ebenfalls in Argentinien geboren. Während ihres 10-stündigen Aufenthalts blieb auch die Zeit für einen kleinen Spaziergang zum Rhein, begünstigt durch frühlingshaftes Sonnenwetter. Es gab auf den Wegen kaum einen Baum, vor dem unser Gast nicht entzückt stehen blieb, schnupperte und immer wieder Ähnlichkeiten mit der Flora in Argentinien ausmachte. Auch ihr Gastgeschenk war eine Blume. In ihrem eigenen Garten wachsen Paradiesblumen. Davon sollte es ein Gruß sein, wenn das mitgebrachte Exemplar dann auch aus einem Kölner Blumengeschäft sein musste.

Es verging noch kein dreiviertel Jahr, und schon konnte **Jacqueline Lacroix** in Goya einen Gegenbesuch machen. Hierzu berichtet sie selbst :

„Der Besuch von Berta Arroyo in Deutschland hatte meine Neugierde geweckt, die Menschen in Goya und die Arbeit des Foro vor Ort unmittelbar zu erleben. Während meinesurlaubes in Buenos Aires bei meinen Vater habe ich kurzfristig und spontan einen Besuch in Goya organisiert. Abends gegen neun trat ich die fast 800 km lange Reise mit einem Überlandbus an. Kurz vor sieben Uhr morgens stieg ich nach der Nachtfahrt in Goya

am Busbahnhof aus, wo mich Berta herzlich begrüßte. Obwohl ich Berta nur an einem Nachmittag in Bad Honnef gesehen und kennen gelernt hatte, war die **Freude über das Wiedersehen** groß. Zu Hause hatte sie bereits den Frühstückstisch gedeckt und mir gleich ihre Gastfreundlichkeit nahe gebracht. Gegen 9:30 wurden wir von Gastón, Präsident des FORO und von Tadeo, einem der Juristen, der für den Foro tätig ist, zu einem Besuch



beim Bürgermeister von Goya abgeholt. Die guten Kontakte, die das Foro zu der Stadt Goya pflegt, hatten die Neugierde des Bürgermeisters Herrn Osella geweckt. Mit großem Interesse erkundigte er sich nach unserem Engagement. Ich berichtete, dass in Deutschland viele Menschen an der mangelnden Entwicklung in anderen Regionen der Welt teilhaben und etwas dazu beitragen möchten, dass Ungerechtigkeit und Armut gelindert werden. Der Bürgermeister berichtete, dass gerade im ländlichen Teil des Landkreises Goya Armut herrscht, Unterernährung und Analphabetismus, familiäre Gewalt und Kleinkriminalität. Er unterstützt die Arbeit des Foro, in dem die Stadt Goya für die Kosten für Benzin und Wartung des Fahrzeuges vom Foro aufkommt und auf diese Weise auch erfährt, wie die Lage in entfernteren Gebieten seines Landkreises ist. Der Pressesprecher von Goya war bei dem Besuch ebenfalls anwesend, sodass er noch ein kurzes Interview für eine Pressemeldung mit mir führte. Die Pressemeldung wurde am späten Nachmittag herausgegeben, dies hatte zur Folge, dass die **drei Zeitungen der Provinz Corrientes** diese aufgriffen: am nächsten Tag erschienen die Artikel über die Zusammenkunft vom Bürgermeister mit einer argentinisch-deutschen Repräsentantin in diesen Zeitungen.

Gegen halb sechs fuhren Berta, Tadeo Gastón und ich nach La Esquina am Paraná Fluss, einem angrenzenden Landkreis Goyas. Dort wohnen in fensterlosen Lehmhütten mehrere Familien, die sich bereits seit über zwanzig Jahren an dieser Stelle niedergelassen haben. Dieses Gelände ist „Niemandland“, also fiskalisch. Neben dieser Ansammlung von ca. 8 - 9 Hütten befindet sich ein Sägewerk. Der Besitzer hat auf seinem Gelände – dort, wo er bis vor einiger Zeit das Sägemehl und Holz lagerte – zusätzlich einige Gewächshäuser errichtet, denn das Geschäft mit Tomaten und roten



Paprika ist in den letzten zwei Jahren äußerst lukrativ geworden. Nun lagert er das Sägemehl und die Holzreste unmittelbar vor diesen Lehmhütten, mit der Folge, dass bei starken Regenfällen das **Wasser** nicht mehr seinem alten Verlauf folgend in den Paraná münden kann, sondern um und **in die Hütten eindringt**. Eine der Lehmhütten ist bereits weggeschwemmt worden. Die Tomaten und Paprikazucht wird mit verbotenen, giftigen Pflanzenschutzmitteln unterstützt, sodass die Kinder dieser Familien mit den

leeren Behältern in Berührung kommen und krank werden. Das Uferwasser, das diesen Familien zum Waschen dient, ist mittlerweile kontaminiert. Einige der Männer dieser Familiengruppe arbeiten im Sägewerk und haben Angst, sich zu beschweren, denn sie fürchten, das von ihnen bewohnte Gelände verlassen zu müssen. Sie arbeiten schwer und erhalten kaum Lohn. Hier wird Tadeo versuchen, für diese Menschen einzuschreiten. Keine leichte Aufgabe, denn in erster Linie möchte er erreichen, dass diese Familiengruppe dort weiter wohnen kann und die Arbeiter nicht mehr schwarz arbeiten müssen. **Ich habe bisher solch ärmliche Behausungen und solch harte Lebensumstände nicht gesehen** und mich hat die Art und Weise, wie insbesondere Tadeo, der Jurist, mit diesen Familien gesprochen hat, imponiert: einführend, geduldig und vertrauensvoll.

Anschließend besuchten wir ganz in der Nähe einen weiteren Familienverband, hier ging es um Landbesitzrechte und auch hier konnte ich das Vertrauen, das die Familienvorsteher den Vertretern des Foros entgegen brachten, erleben. Mehrere Familien leben auf einem ca. 9 Hektar großem Gelände, wo sie auch kleine Gemüsegärten zur Selbstversorgung angelegt haben. Dieses Gelände ist ebenfalls staatliches Land und grenzt an das einer Besitzerin, die ihr Gelände erweitern möchte. Der Älteste einer Familie hat sich bereits seit 27 Jahren an dieser Stelle niedergelassen und möchte nun die



Besitzrechte erwirken, damit der Staat das Gelände nicht an jemand anderen veräußert. Tadeo und Berta erklärten ihm, dass die Familiengruppen zunächst das Gelände **vermessen** lassen müssten. In einem weiteren Schritt muss der Älteste **nachweisen**, dass er tatsächlich bereits seit über zwanzig Jahren dort wohnt, Zeugen gibt es bereits, die dies vor Gericht bescheinigen können.

Abends saß ich dann mit Berta in ihrer Küche und wir haben uns noch stundenlang unterhalten: über ihren Lebensweg, über Argentinien, Deutschland, Gott und die Welt. Die Nacht war dadurch kurz, am nächsten Morgen ging es dann in Richtung Süden, nach La Cucucha, wo 40 Familien ihre Landbesitzrechte erwirken wollen. Die Fahrt dauerte ca. eine Stunde mit dem Fahrzeug, zunächst über asphaltierte Landstrassen, dann über sandige Wege vorbei an Weideland, Tabakanpflanzungen und verstreuten Palmen. Wir machten einen Zwischenstopp bei einer **Hütte am Wegesrand**, dort lebt seit einem Jahr eine Familie mit sieben Kindern. Vorher lebten sie auf einem Großgrundbesitz, der Vater war dort als Landarbeiter tätig. Ein Teil des Geländes wurde verkauft und der neue Besitzer hat diese Familie im wahrsten Sinne des Wortes „auf die Straße“ gesetzt. Das Foro hat diese Familie mit etwas Baumaterial für eine neue Lehmhütte unterstützt und an diesem Tag brachten wir Medikamente für die Kinder vorbei. Die Versorgung mit Medikamenten eines staatlichen Gesundheitsprogramms ist mit Aufgabe des Foros. Leider waren die Eltern der Kinder nicht anwesend. Berta sagte zu mir: „Sieh, diese Kinder sind arm, sie sehen aber nicht schmutzig aus, denn diese Familie haben eine kleine Wasserpumpe und diese Eltern sorgen dafür, dass die Kinder nicht schmutzig sind!“



In La Cucucha versammelten sich mehrere Familienvorsteher unter schattigen Bäumen, um mit den Vertretern des Foro zu sprechen, auch hier ging es um die Frage nach Landrechten. La Cucucha ist eine Landzunge, die in den Paraná Fluss hineinreicht, auf der seit Jahrzehnten 40 Familien Schweine, Hühner und ein paar Kühe züchten und Gemüse- und Obstgärten angebaut haben, um sich damit selbst zu ernähren bzw. durch den Verkauf der Tiere ein kleines Einkommen zu schaffen.

Gegenwärtig wird diese Landzunge, fiskalisches Gelände, von weiteren Familien „besetzt“ und deswegen möchten die „Alteingesessenen“ ihr Land schützen und den Besitz erwirken. Für diese Menschen, die „immer“ dort gelebt haben, ist es ein wichtiger Lernprozess zu erfahren, dass **Besitzurkunden** eine unabdingbare Voraussetzung dafür sind, dass sie dort weiter leben und arbeiten können. Um ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu schaffen und allen weiteren Familien die Vorgehensweise zu erklären, wurde der Plan geschmiedet, ein **Fest** zu veranstalten. Mit fast kindlichem Eifer überlegten die Versammelten, wer für die Musik zum Tanzen sorgen bzw. wie das Essen organisiert werden könnte.

Am Nachmittag fanden wir uns dann in den Räumlichkeiten des Foro ein. Dieses ca. **hundert Jahre alte Gebäude im Kolonialstil mit Innenhof** und dahinter liegendem

zweiten Hof und Garten ist ein ehemaliges Priesterseminar und bietet für die Durchführung von Seminaren und Veranstaltungen des Foro reichlich Platz. Dort lernte ich weitere Mitwirkende des Foros kennen. Die **Herzlichkeit** dieser Menschen ist mir in bleibender Erinnerung geblieben, und natürlich auch die **Begeisterung**, mit der sie den Foro unterstützen.

Abends ging es dann wieder zurück mit dem Überlandbus. Berta, Marisa, Tadeo und Gastón **winkten mir nach**. Während der nächtlichen Fahrt schaute ich aus dem Fenster hinauf, zu einem sternenüberfluteten Himmel und habe gedacht: **so ein schönes Land, so viel Platz, aber leider auch soviel Ungerechtigkeit**. Der Foro kann vielleicht mit der Unterstützung von Ein Körnchen Reis und anderen Unterstützern aus Europa etwas dagegen tun“.

Eigenes Land

Inzwischen zeigt sich in Ländern wie Brasilien und Argentinien nach der jeweiligen politischen Wende vor einigen Jahren eine Verbesserung auch der rechtlichen Rahmenbedingungen für **Landlose** ab, an **eigenes Land** zu kommen. Jedes dieser Länder geht hierfür – ohne eine durchgreifende Bodenreform – seinen ganz eigenen Weg. Hervorzuheben ist nun besonders, wie gerade **Vereine, die wir fördern, dabei aufklären, agieren und helfen** können, damit diese Entwicklungen für möglichst viele Menschen erfolgreich sein können.

1.) In **Argentinien** ist eine Unterscheidung zu treffen zwischen Landarbeitern auf Niemandsland oder auf den riesigen Flächen eines Großgrundbesitzers und den indigenen Dorfgemeinschaften :

a) Hinsichtlich der **Landarbeiter** gibt es schon seit längerer Zeit die Gesetzesregelung, dass demjenigen eine Besitzurkunde über dasjenige **Land** ausgestellt werden kann, der solches **seit mindestens 20 Jahren ununterbrochen besitzt** und bewirtschaftet.

Wo aber liegen dann die Probleme ? Ganz konkret sind sie in dem vorstehenden Bericht „Besuch aus Goya und Gegenbesuch“ angesprochen und wie sie mit der von uns unterstützten Rechtshilfearbeit (Servicio Juridico) des **Foro por la Justicia in Goya** im Bundesstaat Corrientes angegangen werden.

b) Was die **Indigenen** anbetrifft, werden in Art. 75 Abs. 17 der **1994** abgeänderten **Staatsverfassung** zwar ausdrücklich die indigenen Gemeinschaften anerkannt, auch ihr gemeinschaftliches Eigentum an den Ländereien, die sie immer schon traditionsgemäß besitzen. Doch es **fehlen** ihnen regelmäßig **Besitzurkunden** hierüber, und so wurden sie immerfort vertrieben von denjenigen, die große Ländereien als ihr Eigentum ausgaben und schon längst Besitzurkunden hierüber erlangt hatten. Auch gegenüber dem Fiskus als Eigentümer großer Waldgebiete konnten sie ihr Eigentumsrecht nicht nachweisen.

Damit Theorie und Praxis hier nun übereinkommen, wurde im November **2006** das **Dringlichkeitsgesetz für die Eingeborenenvölker** beschlossen :

Es hilft zunächst all denjenigen Indiogemeinden, die schon durch einen Landprozess zur **Räumung** verurteilt worden waren. Entgegen einem solchen Urteil brauchen sie das Land, auf dem schon ihre Vorfahren lebten, vorerst nicht zu verlassen, denn die **Vollstreckung** solcher Urteile wird gesetzlich auf 4 Jahre **aufgeschoben**.

Zeit genug – denkt sich der Gesetzgeber – inzwischen die bislang fehlenden Eigentumsnachweise alter Besitzstände zu verschaffen, woran es bislang allerdings immer schon **an den finanziellen Mitteln für die katastermäßigen Erhebungen, Vermessungen u. dgl. fehlte**. Auch dieses praktische Problem will dieses neue Gesetz lösen :

Dabei werden diese unerlässlichen Verrichtungen jetzt **für einen Dreijahreszeitraum** abgesichert. Es werden sowohl diejenigen **Institutionen** benannt, denen diese Aufgabe zugewiesen werden, und die hierfür **benötigten Geldmittel** bereitgestellt. Ein besonderes nationales Budget umfasst allein für 2007 den Betrag von 30.000.000 Pesos. Damit sollen alle anfallenden Kosten für die technisch-juristisch-katastermäßigen Erhebungen abgedeckt und die Verfahren zur eigentumsrechtlichen Regelung durchgeführt werden. Dieses Kapital wird vom Staatlichen Institut für Indigenenangelegenheiten (INAI) verwaltet. Diese Organisation arbeitet hierfür mit der Kommission der Indigenendelegierten (CPI) zusammen. Das ist eine demokratisch verfasste Institution, in die alle diejenigen indigenen Gemeinden ihre Vertreter wählen, die bei INAI eingeschrieben sind. Diese Kommission muss nun das technische Team bestellen und erhält hierfür Hilfe von den Universitäten.

Soweit, so gut. Auch hier stellen sich Fragen, wer die einzelnen indigenen Gemeinden, im ganzen Land verstreut und oft abgelegen in den großen Waldgebieten, hierüber denn aufklärt, damit sie sich in der vorgegebenen Zeitspanne **in diesen Prozess** überhaupt **einbringen** können. Registrieren, Nummerieren, Besitztitel : das alles entstammt **nicht** dem Denken der alten Kulturtraditionen dieser Völker. Aber ohnedem sind sie im Staat der Weißen vor der Habgier der Großgrundbesitzer und der Holzindustrie nicht zu schützen. Davon müssen sie überzeugt werden, und wer da immer berät und hilft : ganz wesentlich ist dabei der gute Draht zu den für die Umsetzung des Gesetzes beauftragten staatlichen Stellen und die Vermittlung der Kontaktaufnahme dorthin.

Wir können nun auch bei diesem neuen Anlauf zur Erlangung der Besitztitel wenigstens punktuell etwas mitmischen : Wir finanzieren schon seit Jahren bei INAL (nicht: INAI) die **Seminarwoche für indigene Frauen** aus den verschiedensten Stämmen des



ganzen Landes **im** Kulturzentrum **Tinkunaku** dieses Vereins **in der Landeshauptstadt Buenos Aires**. Präsidentin von INAL ist die Rechtsanwältin Lidia Alegre, die eine Aufklärung über diese Rechtssituation und den wechselseitigen Austausch über aufgetretene Hindernisse nun zu einem **Schwerpunktthema der Seminararbeit** gemacht hat. Während der Seminarwoche werden die von den Einzelgemeinden

bestimmten Seminarteilnehmerinnen über Besuche u.a. bei INAI in der Landeshauptstadt mit den maßgeblichen Leuten bekannt gemacht, so dass Berührungängste schwinden. Auch außerhalb dieser Seminarzeit bleibt eine informatorische Zusammenarbeit zwischen INAL und INAI bestehen. Über die in den vergangenen Jahren im Tinkunaku schon durchgeführten Workshops können **mehr als 100 Frauen aus den verschiedensten Stämmen und Gemeinden aus allen Bundesstaaten erreicht** werden. Diese erhalten von INAL Informationen und Hilfe, so dass sich eine Aufklärung zum Thema Recht auf indigenes Gemeinschaftsland immer weiter verbreiten kann. Umgekehrt können Informationen, die INAL aus solchen Gemeinden über den jeweiligen Verfahrensstand erhält, insbesondere wenn hier etwas blockt oder Unklarheiten aufkommen, an die genannten staatliche Stellen weiter gegeben werden. Daneben hat INAL in der Landeshauptstadt erstmals **Kurse** für Anwärter auf **Lehrerstellen** in indigenen Dorfgemeinschaften durchgeführt, bei denen mit den indigenen Besonderheiten auch dieses wichtige Thema eine Rolle spielt.

In diesen unerlässlichen Informationsfluss ist unsere finanzielle Förderung gut angelegt und trägt somit etwas dazu bei, dass das Vorhaben des Gesetzgebers in der Praxis umgesetzt wird und die **Landfragen bei immer mehr indigenen Gemeinschaften im Sinne der Verfassung endlich gelöst** werden.

2.) In **Brasilien** gibt es ein „Nationales Programm für den Erwerb von eigenem Land“. In diesem Gesetz wird die staatliche Organisation SAT bestimmt, geeignete Territorien abzustecken, welches die Regierung alsdann zur Ansiedlung einer Gruppe von Landarbeiterfamilien erwirbt. Die Finanzierung der dörflichen Infrastruktur übernimmt dann die staatliche Organisation SIC.

Die von uns seit vielen Jahren unterstützte Nichtregierungsorganisation **Mandacaru** ist in der weiten ländlichen Region um die Stadt **Pedro II** in Nordostbrasilien in mannigfacher Weise mit der praktischen Umsetzung dieses Programms befasst, eine langwierige und mit viel Geduld und Einfühlungsvermögen in mehreren Phasen verlaufende Arbeit.

Das beginnt damit, interessierte regionale Gruppen von regelmäßig mindestens 10 **landlosen Landarbeiterfamilien** zu **formieren** und über die neuen Möglichkeiten **aufzuklären**. Mit diesen wird dann über Land gefahren, um eine geeignete Liegenschaft **ausfindig zu machen** (nach Möglichkeit von der bisherigen Heimat nicht zu weit entfernt), die der jeweilige Grundstückseigentümer **bereit ist zu verkaufen**.



Dann sind Kontakte zu knüpfen, z.B. mit einem Techniker vom Nationalen Programm zur Bekämpfung der Armut in ländlichen Gebieten, mit dem Grundstückseigentümer ist der **Kaufpreis** auszuhandeln, den **der Staat zu zahlen** bereit ist. Die Landvermessung ist dann wieder Sache der staatlichen Organisation. Man kann sich gut vorstellen, welche Zeit und Mühen hier mit einer

ganzen Gruppe von Leuten aufzubringen ist, bis all solches zusammen stimmt. Oft entstehen Probleme noch von daher, dass auf Seiten der Landlosen oder der Landbesitzer die für eine Grundbucheintragung erforderlichen Dokumente erst noch mühsamst zu beschaffen sind.



Nach der Erstellung eines Bebauungsplanes für **ein ganz neues Dorf** wird Mandacaru von der Regierung mit der technischen **Begleitung** beim **Aufbau** von kleinen Wohnhäusern und einer **Versorgung** mit Wasser und Strom beauftragt.

Wenn alles aufgebaut ist, muss die neue Dorfgemeinschaft mit einem gemeinschaftlich gewählten Namen aber auch noch **zusammenwachsen**. Auch dies begleitet Mandacaru mit der Einberufung von Zusammenkünften. Hier wird dann auch über Anbaumethoden in der Halbtrockenzone und über die Vermeidung von Tierkrankheiten, schließlich auch über Möglichkeiten zur Gründung von Produktionsgemeinschaften beraten – wofür Mandacaru schon seit Jahren geradezu ein Spezialist geworden ist.

In einer Übersicht über den jeweiligen Stand solcher Begleitungen fällt das ganz **unterschiedliche** Tempo für das **Durchlaufen solcher Phasen** auf. Einige Gemeinschaften haben seit dem Jahr 2005 immer noch nicht alle Hürden durchlaufen, mehrere konnten aber im Jahre 2007 endlich ihre Häuser beziehen.

Eins wird bei alledem überdeutlich : Ohne eine hilfreiche Organisation wie Mandacaru im Rücken zu haben, die immer wieder **Wege** auch zu den zuständigen staatlichen Stellen **ebnet und** dort **vermittelt** und bei den Antragstellungen **hilft**, wären auch **die besten Gesetze nicht umzusetzen** – und dann würde nur alles beim Alten bleiben.

Kinderarbeit in Indien : Vorbildliches in Tirupur

Nach dem Gesetz ist sie in Indien **verboten**. Die UNO hat kürzlich jedoch erhoben, dass gleichwohl die Kinderarbeit in Indien immer noch zu einem Fünftel des Bruttoinlandsproduktes beiträgt. Wir nehmen solches erst durch Meldungen wahr wie die, dass die US-Modekette GAP im Oktober 2007 zehntausende Kleidungsstücke vom Markt nahm, als bekannt wurde, dass Kinder, **nicht älter als 10 Jahre**, in einer Fabrik in Neu-Delhi **bis zu 16 Stunden täglich ohne Bezahlung** Hemden für den Konzern genäht hatten.



Auch **Tirupur** ist eine Textilstadt. Mr. Aloysius hat die **Organisation SAVE** gegründet, um **an allen Fronten** einer Kinderarbeit nach den bestehenden Möglichkeiten Einhalt zu gebieten : über großangelegte Werbeumzüge für den Schulbesuch, über die Bildung von Müttergruppen zur Sicherung des Familieneinkommens, über Verhandlungen mit Fabriken zwecks Freistellung von Kinderarbeitern, über Freizeitangebote für Kinderarbeiter und über **einjährige Schulkurse**, um freigestellten Kinderarbeitern den Unterrichtsstoff so konzentriert zu vermitteln, dass diese befähigt werden, im direkten Anschluss hieran die **Prüfung zur Aufnahme in einer Normalschule** mit in etwa Gleichaltrigen zu bestehen.



Solche Brückenkurse fördern wir seit langem. Die letzten uns durchgegebenen Zahlen besagten, dass in **10** über die ganze Region verteilten **Zentren 105 Jungen und 127 Mädchen** im Alter von 6 bis 14 Jahren von 10 Lehrern 8 Stunden täglich unterrichtet werden. Diese Kinder leben im Elternhaus. Für weitere **51 Schüler**, die nicht im Elternhaus leben, wird zudem auch eine **Unterkunft** geboten. Sie werden

in der SAVE-Zentrale von 3 Lehrern unterrichtet. Hierbei handelt es sich vornehmlich um Kinder aus dem ländlichen Umfeld, die sich in der Stadt verdingen wollten und über den Kontakt mit SAVE zu einer besseren Zukunftsperspektive gefunden haben.

Chaos in Kenia : Witwengruppen bei Kisumu

Die Entwicklungen in Kenia werden zur Zeit überschattet durch die politischen, ethnischen und sozialen Auseinandersetzungen nach den Wahlen vom 27.12.2007, die mit Gewalt auch auf der Straße ausgetragen werden. Davon ist Kisumu als eine Hochburg des Oppositionsführers besonders stark betroffen. Wir lassen uns von unserer Projektleiterin Schwester Irene Akumba laufend unterrichten :

„Unsere Stadt Kisumu wurde beschädigt durch brennende und geplünderte Läden. Es ist nicht mehr die schöne und friedliche Stadt am See. Ich glaube sogar, dass es die **am meisten beschädigte Stadt im ganzen Land** ist, in der viele Menschen erschossen wurden oder obdachlos sind. Und viele sind nun arbeitslos. Unsere **Leichenhalle** ist **voll** von nackten, toten Körpern. Einige unserer Schwestern haben bei den Gewalttaten Ver-



wandte verloren. **Pistolenschüsse and Schreie überall**, das erste mal, dass ich mich in einer solchen Atmosphäre befinde.“

Dabei hatte doch schon die Aidskrankheit auch in der ganzen Region um Kisumu in den vergangenen Jahren so viele Menschenleben gekostet. Hier bei den **Witwen** zu helfen, ist unser eigentlicher Projektansatz, nämlich durch den **Zusammenschluss mehrerer in einer Gruppe zur gemeinsamen Einkommenssicherung** – und da konnte auch im vergangenen Jahr der dritte Wassertank für den Straßenverkauf von angeliefertem Wasser fertig gestellt werden.

Am Rand eines Bürgerkriegs in Kenia sind wir froh, in der vorgenannten Franziskanschwester und Provinzoberen des Landes eine so **verlässliche Partnerin** vor Ort zu haben. So ist eine erste Unterstützungsleistung gerade auf den Weg gebracht, damit diese Schwestern manchen, die derzeit bis auf ihr Leben alles verloren haben, eine erste Hilfe für einen Neubeginn gewähren können. Nur im Kleinen bei den Allerärmsten können wir da ansetzen, die Politik muss aber noch ihre Hausaufgaben machen.

Flut- und Zyklonkatastrophe in Bangladesh

Katastrophenhilfe ist eigentlich in der Stiftungssatzung gar nicht angesprochen, denn bei den alljährlich vielfachen Großkatastrophen sind weltweit gebündelte Hilfen riesigen Ausmaßes gefragt. Gleichwohl ist es schon etwas Tradition geworden, dass wir uns in derlei Fällen dort mit einer Hilfe einbringen, wo sich vor Ort einer unserer vertrauten **Projektpartner engagiert**. Im vergangenen Jahr haben gleich **zwei große Naturkatastrophen** Bangladesh heimgesucht, und der Geschäftsführer Ingo Ditz von Netz e.V., eine Nichtregierungsorganisation, mit der wir früher ein gemeinsames Projekt in Bangladesh durchgezogen haben, war persönlich monatelang im Hilfseinsatz vor Ort, und zwar abseits der großen Hilfswege in den nur Kennern zugänglichen **entlegensten Gebieten** : für Essenrationen, sauberes Trinkwasser, Medizin, Obdach und gesundheitliche Versorgung.

